

Pflichtteilklausel

Eine Pflichtteilklausel ist eine letztwillige Anordnung zweier Eheleute. Sie haben sich in einem gemeinschaftlich [Testament](#) gegenseitig als [Erben](#) eingesetzt und ihre Abkömmlinge als Schlusserben benannt. Mit der [Klausel](#) soll sichergestellt werden, dass dem überlebenden [Ehegatten](#) bis zu seinem [Tod](#) der Nachlass ungeschmälert verbleibt und er nicht durch das Pflichtteilsverlangen eines Schlusserben gestört wird (vgl. BayObLGZ 1990, 58/60; Lübbert NJW 1988, 2706/2708; Soergel/Loritz [BGB](#) 13. Aufl. § 2075 Rn. 18).

- Im Zusammenhang mit der Schlusserbenregelung soll die [Verwirkungsklausel](#) auch das Interesse der Ehepartner, insbesondere des Erstversterbenden, daran sichern, dass nicht einer der Abkömmlinge bei der Verteilung des elterlichen Gesamtnachlasses bevorteilt wird (BayObLGZ 1994, 164/168; FamRZ 1995, 1447/1448; Lübbert aaO S. 2709; Staudinger/Otte [BGB](#) 13. Bearb. § 2074 Rn. 64).
- Diese Zwecke sollen dadurch erreicht werden, dass die Schlusserbeinsetzung der gemeinsamen Kinder unter die auflösende Bedingung eines Verlangens des Pflichtteils nach dem Erstversterbenden gestellt wird (vgl. BayObLGZ 1990, 58/60; FamRZ 1995, 1447/1448). Verlangt ein [Schlusserbe](#) den [Pflichtteil](#) nach dem ersten Todesfall, so entfällt seine Einsetzung als [Schlusserbe](#), und zwar regelmäßig mit Wirkung auch für seine Abkömmlinge (BayObLGZ FamRZ 1996, 440/441; MünchKomm/Musielak [BGB](#) 3. Aufl. § 2269 Rn. 65; Wacke DNotZ 1990, 403/410); es gilt dann nicht die Auslegungsregel des § [2069 BGB](#), vielmehr gilt die Anwachsung (§ [2094 BGB](#)) als gewollt (BayObLG FamRZ 1995, 1447/1449; Wacke aaO; MünchKomm/Musielak aaO).
- BayObLG, Az: 1Z BR 134/02, Beschluss vom: 20.01.2004